Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 39 (1959-1960)
Heft: 7

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Chruschtschew in Amerika

Der sowjetisch-amerikanische Besuchsaustausch hat, vom Westen aus gesehen, in einer nüchternen und sachlichen Stimmung begonnen. Während die Sowjetpresse die Amerikafahrt Chruschtschews überschwänglich als einen Triumphzug schildert, überwogen in Westeuropa und den USA die Stimmen, die vor Illusionen und falschen Hoffnungen auf eine rasche Entspannung warnten. Der Empfang, der dem Sowjetführer in Washington und New York zuteil wurde, war denn auch alles andere als enthusiastisch. Wenn er in der Befangenheit seiner marxistischen Vorstellungswelt geglaubt haben sollte, er werde von den «ausgebeuteten Massen» Amerikas mit Begeisterung empfangen, so hat er sich gründlich getäuscht. Mit seinem anmaßenden Auftreten und seinen taktlosen Anspielungen auf die Überlegenheit der sowjetischen Mondrakete hat er in allererster Linie den Durchschnittsamerikaner, der in einer einfachen Selbstverständlichkeit stolz auf sein Land ist, verstimmt. Es ist kein Wunder, daß das Gespräch mit den amerikanischen Gewerkschaftsführern, die ihm direkte Fragen über die Rechte der sowjetischen Arbeiter und über Ungarn stellten, hitzige Formen annahm. Chruschtschew hat sich dabei seinerseits als ein schlechter Debatter erwiesen, der seinen Ärger nie zu verbergen vermochte und sich immer wieder in ein sinnloses Auftrumpfen mit der sowjetischen Macht und die Drohung mit der Abreise flüchtete. Seine persönlichen Erfolge beruhen zu einem großen Teil darauf, daß er es versteht, dem russischen Volk nach dem Mund zu reden und seine Gegner oft in der ordinärsten Weise zu verunglimpfen. Diese Methoden verfehlen ihre Wirkung in Amerika.

Das Ziel der «friedlichen Koexistenz»

Das Ergebnis der Amerikareise Chruschtschews wird jedoch nicht in erster Linie davon abhängen, welchen Eindruck er bei der amerikanischen Bevölkerung hinterläßt, sondern vom Ausgang der Besprechungen mit Eisenhower. Chruschtschew hat das direkte Zwiegespräch mit dem Präsidenten der USA immer angestrebt, aber es war ihm stets, vor allem aus Rücksicht auf die Alliierten, verweigert worden. Mit Hilfe des Berliner Ultimatums ist es ihm nun gelungen, das Zusammentreffen zu erzwingen. Dabei geht es ihm weniger um eine Regelung des Status von Westberlin, als allgemein um einen Abbau der westlichen Verteidigungsanstrengungen, um die Aufhebung aller zum Selbstschutz der Demokratien getroffenen Vorsichtsmaßnahmen wie Handelsrestriktionen usw. und um den formellen Verzicht auf die Befreiung der versklavten Nationen Osteuropas. Den derart geschaffenen Zustand, der Moskau eine Reduktion seiner Rüstungsausgaben erlauben und ihm Tür und Tor zu Infiltration und Einschüchterung öffnen würde, nennt Chruschtschew «friedliche Koexistenz».

Der sowjetische Ministerpräsident hat in einem Artikel für die amerikanische Zeitschrift «Foreign Affairs» (Vol. 38, Nr. 1, Okt. 1959) erneut in der Maske der Harmlosigkeit verkündet, der Kalte Krieg werde nur vom Westen geführt, der sich von den «Bonner Revanchepolitikern» an einem Friedensschluß hindern lasse. Chruschtschew kann nicht so naiv sein, an eine unmittelbare Wirkung dieser Behauptungen im Westen — außer bei einigen Linkssozialisten und bei

den Kommunisten — zu glauben, seine Taktik zielt vielmehr auf einen günstigen Eindruck bei den Asiaten und Afrikanern ab, für deren Ohren auch der neueste utopische Vorschlag einer totalen Abrüstung innert vier Jahren bestimmt ist. Amerika soll zu einem Nein gezwungen werden, das dann von der Friedenspropaganda des Sowjetblocks in den Entwicklungsländern ausgebeutet werden kann. Für die Richtigkeit der These spricht, daß Chruschtschew den Vorschlag nicht im Gespräch mit Eisenhower, sondern vor der Generalversammlung der Vereinigten Nationen vorbrachte, wo er den größten Propagandaeffekt erwarten konnte. Die Gelegenheit dazu verschaffte ihm die kaum zu rechtfertigende Einladung Hammarskjölds, der dem Sowjetdiktator ein Auftreten in der Rolle des Friedensapostels vor der gleichen Versammlung ermöglichte, die ihn vor bloß drei Jahren der Aggression und Unterdrükkung gegenüber Ungarn schuldig gesprochen hatte.

«Gipfelwahlen» in England

Eisenhower hat die Begegnung mit Chruschtschew in seinen Besprechungen in Bonn, Paris und London ausgiebig vorbereitet, nicht in dem Sinne, daß er sich einen Verhandlungsauftrag hätte erteilen lassen, sondern durch eine freimütige Aussprache über alle Konfliktstoffe, an denen sich ein Mißtrauen gegenüber den Absichten des amerikanischen Verbündeten kristallisieren konnte. Bei seinem Besuch in Bonn gab er in unüberhörbarer Weise zu verstehen, daß Amerika mit der Politik Adenauers solidarisch ist und sich vom russischen Propagandatrommelfeuer gegen die Bundesrepublik nicht beirren läßt. Die Bevölkerung von Bonn und Umgebung lieferte anderseits mit dem triumphalen Empfang, den sie dem Präsidenten bereitete, einen deutlichen Beweis des Vertrauens in die amerikanischen Absichten. Auch in London wurde das gegenseitige Vertrauen bekräftigt, doch nahm der Besuch Eisenhowers in England im übrigen stark die Form einer Aktion zur Hebung der konservativen Wahlchancen an. Das Fernsehgespräch der beiden Staatsmänner war für Macmillan eine ausgezeichnete Wahlempfehlung, es hatte aber gleichzeitig die Funktion, den Verzicht auf ein Schlußcommuniqué zu überdecken, in dem der fortbestehende Gegensatz über die Bedingungen einer Gipfelkonferenz hätte offen zutage treten müssen. Die britischen Konservativen haben sich in ihrer Außenpolitik sehr stark von wahlpolitischen Überlegungen leiten lassen. Die Moskaureise Macmillans im vergangenen Februar entsprang nicht zuletzt dem Motiv, der Labourpartei zuvorzukommen und die Palme des Friedensbringers an sich zu reißen. Macmillans Extratour schlug die erste Bresche in die Front der westlichen Einheit; ohne sie wäre es kaum so rasch zu einer Situation gekommen, in der die Einladung an Chruschtschew als letzter Ausweg übrigblieb. Es ist zu hoffen, daß die britischen Wähler den hohen Preis, den Macmillan bezahlte, am 8. Oktober mit einem konservativen Sieg rechtfertigen werden. Man wagt noch nicht, sich vorzustellen, wie der linksradikale Aneurin Bevan, der lebhaft für eine Politik des Disengagement eintritt, als Staatssekretär einer Labourregierung mit dem Team der westlichen Außenminister harmonieren könnte.

Selbstbestimmungsrecht für Algerien

Die schwierigste Aufgabe hatte Eisenhower in Paris zu lösen. Das Verhältnis Frankreichs zur Nato hatte im Zusammenhang mit dem Algerienkrieg, in dem es sich alleingelassen fühlte, eine schwere Krise durchgemacht. Der Besuch Eisenhowers hat nun die Verkrampfung zu lösen vermocht, ohne vorerst alle Streitfragen zu regeln. Das wichtigste Ergebnis ist die Zusicherung de Gaulles, die Algerienfrage auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts lösen zu wollen, wodurch er den Amerikanern ermöglicht, in der UNO zugunsten Frankreichs einzutreten, ohne sich dem Vorwurf des Kolonialismus

auszusetzen. Als Gegenleistung gab Eisenhower das Versprechen ab, mit der französischen Regierung regelmäßig über alle Fragen, auch jene außerhalb des Geltungsbereichs der Nato und Seato, Konsultationen zu pflegen. Es handelt sich dabei um ein Entgegenkommen an den französischen Wunsch nach einem Dreierdirektorium im Atlantikpakt, den de Gaulle nun nicht weiterverfolgt.

Der Präsident der Republik gab der Öffentlichkeit seinen Algerienplan am 15. September in feierlicher Form bekannt: Spätestens vier Jahre nach der Befriedung, auf die de Gaulle nicht verzichtet, soll Algerien in einer Volksabstimmung entscheiden, ob es die Unabhängigkeit oder eine fortdauernde Verbindung mit Frankreich will. Für diese Verbindung sieht de Gaulle zwei Möglichkeiten: ein Autonomiestatut in einem föderativen Verband mit Frankreich oder aber die vollständige Integration. Für den Fall der Unabhängigkeit wird die Bildung besonderer Zonen zur Ansiedlung der für Frankreich optierenden Bevölkerung in Aussicht genommen, die gleichzeitig als Landbrücke zur Sahara, die nicht aufgegeben wird, zu dienen hätten. Die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Algerier bedeutet einen entscheidenden Schritt in der Richtung auf eine friedliche Lösung. Mit seinem Entschluß stellt sich de Gaulle in scharfen Gegensatz zu den Ultranationalisten in Algerien und Frankreich, die am 13. Mai 1958 den Anstoß zu seiner Erhebung zum Staatschef gegeben hatten. Mit Vorbedacht hatte sich der Präsident zuvor der Unterstützung der Armee versichert, ohne die ihm die Unzufriedenen kaum gefährlich werden können. Seine Autorität hat ihn zu einem Schritt befähigt, der keinem andern Franzosen verziehen worden wäre. In Tunesien ist de Gaulles Programm zustimmend aufgenommen worden, während Marokko Vorbehalte macht. Widerstand ist von der Exilregierung Ferhat Abbas' zu erwarten, der de Gaulle die Selbstauflösung zumutet, doch ist anzunehmen, daß auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts ein Kompromiß gefunden werden kann.

Die Ansprüche Pekings

Wenn man feststellen kann, daß die westlichen Vorbereitungen auf das sowjetisch-amerikanische Gespräch fast durchweg positive Resultate gezeitigt haben, so läßt sich dasselbe von der östlichen Seite nicht sagen. Darüber, wie Chruschtschew seine Reise gegen mögliche Überraschungen hinter seinem Rücken absicherte, kann man nur Vermutungen anstellen. Es gibt Anzeichen dafür, daß Besprechungen mit den Führern der Satellitenstaaten stattgefunden haben. Was aber sicher nicht funktionierte, ist die Koordination mit Peking. Die Reaktivierung der kommunistischen Rebellion in Laos und der vom Zaun gebrochene Grenzkonflikt mit Indien lassen sich kaum anders erklären als mit der Absicht, sich zu Beginn des sowjetisch-amerikanischen Gesprächs vernehmlich in Erinnerung zu rufen. Ohne China soll es keine Regelung der Weltprobleme geben. Daß es sich dabei keineswegs um ein abgekartetes Spiel handelt, geht aus einer amtlichen sowjetischen Erklärung hervor, in der ausdrücklich für die Beibehaltung des Status quo an der indischen Grenze Stellung genommen wird. Es ist nicht das erste Mal, daß Moskau einen Tadel an die Adresse Chinas richtet. Die Reorganisation der Volkskommunen folgte auf die Kritik, die Chruschtschew an der überstürzten Einführung des Kommunismus in China geübt hatte. Die Absetzung des Verteidigungsministers Peng Teh-huai und die Zurückdrängung Mao Tsetungs durch den neuen Präsidenten Liu Shaotschi zeigen, daß in China Auseinandersetzungen größeren Stils im Gange sind. Wenn Chruschtschew sich anfangs Oktober nach Peking begibt, wird er nicht nur über die Amerikareise zu berichten, sondern auch in einer Krisenphase des chinesischen Kommunismus zum Rechten zu sehen haben.

Nemo

SPD-Programm ohne Marx

Die deutschen Sozialisten warfen ideologischen Ballast ab

Die «Linke» — SPD und Gewerkschaften — werden den Monat September des Jahres 1959 nicht sobald aus ihren Annalen löschen. Die SPD hat ein neues Parteiprogramm entworfen, das im November dem außerordentlichen Parteitag in Godesberg vorgelegt werden soll. Manche sagen, es sei das modernste, undoktrinärste sozialistische Parteiprogramm in Europa. Soviel jedenfalls steht fest: wenn es angenommen worden ist, dann wird man sagen können, daß die deutsche SPD nun, der Labourparty gleich, von einer Arbeiterpartei zur Volkspartei geworden ist.

Im letzten Grundsatzprogramm der Sozialdemokratie, dem Heidelberger Programm von 1925, wurde noch getreu dem Marxschen Katechismus die Überführung des Privateigentums in gesellschaftliches Eigentum gefordert, weil nur so das Ziel der Arbeiterklasse erreicht werden könne. Im September 1959 dagegen heißt es, das private Eigentum an Produktionsmitteln habe «Anspruch auf den Schutz der Gesellschaft». Der Name Marx kommt in dem ganzen Programm überhaupt nicht vor. Abschied von unserem politischen Elternhaus, so kommentierte einer der alten Genossen halb wehmütig, halb zornig.

Schon im Juli vorigen Jahres, als Ollenhauer auf die Kanzler-Anwartschaft verzichtete und die Partei sich einen neuen Führungsausschuß gab, zeichnete sich in dessen personeller Besetzung der Wunsch ab, die Partei nach «rechts» etwas weiter zu öffnen. Die sieben Männer nämlich, die — übrigens auf Vorschlag von Herbert Wehner — in jenen Ausschuß gewählt wurden, der die Wahlstrategie für 1961 planen soll, sind allesamt ausgesprochen liberale Persönlichkeiten. Einige von ihnen stehen seit Jahren an der Spitze ihrer Länder und sind des Regierens durchaus kundig: neben *Ollenhauer* der Hamburger Bürgermeister *Brauer*, der hessische Ministerpräsident *Zinn*, der Regierende Bürgermeister von Berlin, *Willy Brandt*, Professor *Carlo Schmid*, der Wirtschaftsfachmann *Deist* und *Fritz Erler*.

Für den Entwurf des neuen Parteiprogramms hatte der Vorstand eine Unterkommission eingesetzt, zu der gehörten Ollenhauer, Eichler, Deist, Fritz Sänger und der österreichische Sozialist Kautsky, der schon bei dem höchst undoktrinären Programm der SPÖ mitgewirkt hat, das die Vorstellung von der Klassengesellschaft ebenfalls über Bord geworfen hat.

Im Zentrum des neuen SPD-Programms steht die Freiheit — sowohl im politischen wie im wirtschaftlichen Teil. Daher auch der Verzicht auf Sozialisierung, mit Ausnahme von Kohle und Eisen. Die Partei fordert lediglich Kontrolle; dabei ist gedacht an «Kartellkontrolle, Investitionskontrolle, Wettbewerb durch öffentliche Unternehmungen» — wobei man sich allerdings fragt, wie wohl Investitionskontrolle und Wettbewerb auf einen Nenner gebracht werden sollen.

Die «*Form des Gemeineigentums bleibt zweckmäßig*», so heißt es, «*wo mit anderen Mitteln eine gesunde Ordnung der wirtschaftlichen Machtverhältnisse nicht gewährleistet werden kann.*» Also Gemeineigentum sozusagen nur in Notfällen.

Was freilich als eine «gesunde» Ordnung anzusehen ist und wo das Ungesunde beginnt, das erfährt man nicht. Wie denn überhaupt mit der größeren Konzilianz, mit dem Abbau des moralischen Pathos und der revolutionären Grundsatzforderungen eine gewisse Unbestimmtheit Platz gegriffen hat: *Gesund*, *fortschrittlich*, *gerecht*, das alles sind höchst dehnbare, subjektive Begriffe.

Die größte Sorge, und mit ihr steht die SPD nicht allein, hat die Partei vor «der wirtschaftlichen Konzentration» oder, wie die doktringläubigen Väter der heutigen so-

zialistischen Generation sagten, vor der «Akkumulation des Kapitals» — eben weil die Freiheit an erster Stelle steht und weil man an der sozialistischen Praxis hinter dem Vorhang gelernt hat, daß schon die Konzentration als solche die Freiheit bedroht, gleichgültig, ob der Eigentümer der Staat oder ein Privatmann ist.

In der Wehrpolitik hat man die alte Kontroverse «Wehrpflicht oder Berufsheer» ad acta gelegt, statt dessen heißt es jetzt: «Die SPD bejaht die Landesverteidigung»; die Atombewaffnung jedoch lehnt sie ab.

Waren die Marxisten alten Schlages betont religionsfeindlich und stets geneigt, die Marxschen Erkenntnisse als Bibel anzusehen, so heißt es heute: «Der Sozialismus ist keine Ersatzreligion», womit, wie es heißt, der besondere Auftrag der Kirche anerkannt wird. Hinzugefügt wird noch, die SPD sei «zur Zusammenarbeit mit den Kirchen im Sinne einer freien Partnerschaft stets bereit».

Im Bereich der Außenpolitik huldigt man der Abrüstung und den regionalen Sicherheitssystemen. Großgeschrieben werden die Worte: Frieden, Freiheit, Entspannung. Ganz scharf und unmißverständlich wird die Grenze zu den Kommunisten gezogen, denn im Bekenntnis zur Freiheit scheiden sich die beiden ungleichen Brüder, die aus der marxistischen Wurzel hervorgingen: Kommunismus und Sozialismus.

Es gehört Mut dazu, dieser Partei, die in erster Linie eine Partei des Apparates ist, in der die Führung sich von unten hochdienen muß, vom Bezirk über ungezählte Stationen bis hinauf in die oberen Stockwerke, und in der daher zwangsläufig die Treue zum Glaubensbekenntnis ein entscheidender Faktor ist — es gehört Mut dazu, in einer solchen Partei Glaubenssätze über Bord zu werfen, mit denen ganze Generationen großgezogen worden sind.

Manche Reaktionen, vor allem im «roten» Hessen, lauteten daher zunächst auch «*neo-liberal*», «*prinzipienlos*». Auch die letzten Ergebnisse des EMNID-Instituts sind nicht sehr ermutigend für die Sozialisten; nur 31% der Wähler haben sich bei der letzten Umfrage für die SPD entschieden, 53% für die CDU.

Der DGB ganz scharf antikommunistisch

Ebenfalls im September hielt die Spitzenorganisation der Gewerkschaften, der DGB (1949 gegründet) seinen fünften ordentlichen Bundeskongreß ab. In den verschiedenen Referaten kamen sehr ähnliche Tendenzen wie in dem neuen Grundsatzprogramm der SPD zum Ausdruck.

Am deutlichsten war die Parallele in der scharfen Absage an die Kommunisten und die SED in der Zone. Der Erste Vorsitzende, *Willy Richter*, wandte sich sehr energisch gegen alle Kontakte mit Funktionären der Sowjetzone. Und dies wohl nicht ohne Grund, denn während der letzten zwölf Monate haben die Kommunisten, vor allem auch der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund, immer wieder den Versuch gemacht, Betriebe in der Bundesrepublik zu infiltrieren.

Zum Beispiel wurden Betriebsorganisationen zu *gesamtdeutschen Arbeitstagungen* in die Zone eingeladen. Im Ruhrgebiet sind illegale Betriebsgruppen gebildet worden. Man schätzt die Summen, die die SED für derartige Zwecke jährlich in der Bundesrepublik ausgibt, auf 120 Mio D-Mark (120 Mio, die sie ihren Arbeitern und Bauern abgepreßt hat). Besonders beliebt sind sowjetzonale Kulturgruppen, die mit Volkstänzen, Liedern und allerlei Darbietungen versuchen, ihr sogenanntes *Gedankengut* an den Mann zu bringen und deren Spiele man nicht sogleich durchschaut hatte.

Eine besondere Rolle bei allen Infiltrationsversuchen spielt der kommunistische «Freiheitssender 904», der bei Magdeburg steht und versucht, aus individuellen Protesten (Jahrgang 1922, Atomtod) Großaktionen zu machen. Die neueste Idee ist nun offenbar, daß volkseigene Betriebe der Zone jeden Monat eine Beilage zu ihrer Betriebszeitung herausbringen, die die Belegschaft

dann an Arbeiter von sogenannten *Patenbetrieben* in der Bundesrepublik schickt. Das «Beilagensoll» für September ist angeblich für 250 verschiedene Betriebszeitungen festgelegt worden — Papier, Papier...

Schade um die Bäume.

Marion Gräfin Dönhoff

Das Trojanowski-Programm und die kommunistische Politik im Nahen Osten

Nach der Niederschlagung der Revolte nationalistischer Offiziere unter Führung des Obersten Schauwaf in Mossul im März 1959 sah es so aus, als ob die Kommunisten im Irak die Macht ganz an sich reißen würden. Die kommunistische «Volksmiliz» beherrschte die Straßen, der Druck auf General Kassem mit der Forderung, kommunistische Minister in die Regierung aufzunehmen, verstärkte sich von Tag zu Tag. Ausschreitungen gegen Nationalisten und Antikommunisten waren an der Tagesordnung; sie erreichten im Massaker von Kirkuk am 14. Juli ihren Höhepunkt. Aber gleichzeitig trat auch eine Wende ein in der Haltung Kassems gegenüber der zunehmenden kommunistischen Aktivität.

Nach der Niederschlagung der Revolte von Kirkuk löste Kassem die kommunistische «Volksmiliz» auf. Militärgouverneur General Abdi verbot das Tragen ihrer Uniformen und verlangte die Ablieferung der Waffen innerhalb von drei Tagen unter scharfen Strafandrohungen. In seinen Reden vom 29. Juli und 3. August griff Kassem die Kommunisten scharf an und machte sie für das Massaker von Kirkuk verantwortlich. Der neue antikommunistische Trend im Irak war nicht allein ein Ausdruck dafür, daß General Kassem die Zügel fester in die Hand genommen hatte und sich mehr und mehr auf die Armee stützte, die unter der harten Hand General Abdis wieder zu einer disziplinierten, regierungstreuen Truppe gemacht werden soll, sondern auch eine Folge der veränderten kommunistischen Taktik gegenüber dem arabischen Nationalismus.

Diese veränderte kommunistische Taktik zeigte sich deutlich in der sensationellen «Selbstkritik», mit der die irakische KP auf die scharfen Vorwürfe Kassems reagierte. Die in Bagdad erscheinende KP-Zeitung «Ittihad Al-schaab» veröffentlichte am 3. August eine Erklärung des irakischen Politbüros, in der die «Linksabweichungen» in der Partei einer scharfen Kritik unterzogen wurden. Diese «Linksabweichungen» hätten zu erheblichen Meinungsverschiedenheiten mit den «höchsten Autoritäten und den nationalen Kräften» geführt. Die von einigen KP-Führern unter «Mißachtung der Leninschen Grundsätze von der kollektiven Führung» propagierte Forderung nach Übernahme der Macht durch die Kommunisten habe die «Massen irregeführt» und zu schädlichen Aktionen veranlaßt. Die von den «irregeführten Massen» begangenen «Morde, Folterungen und Plünderungen» liefen den Grundsätzen der Partei zuwider. Sie seien das Werk einzelner schlecht beratener Funktionäre und würden von der Partei aufs tiefste bedauert. Die Erklärung schließt mit der Versicherung, daß die Partei der Revolution und der Republik treu bleiben werde.

Diese sensationelle Erklärung war das Ergebnis einer langen, erbitterten Auseinandersetzung der arabischen KP-Führer über ihre künftige Stellung zum arabischen Nationalismus, zwischen dem im Oktober 1958 aus Moskau zurückgekehrten kurdischen Kommunistenführer, Mustafa El Barzani, und dem syrischen KP-Chef, Hallad Bagdasch, auf der einen und dem Generalsekretär der irakischen KP, Salem Abdel, auf der anderen

Seite. Dabei ging es um die entscheidende Frage: sollen die arabischen Kommunisten weiterhin mit der arabischen nationalistischen Bewegung zusammenarbeiten und sie unterstützen oder sollen sie selbst in den Gebieten, in denen die Voraussetzungen dafür bestehen — zum Beispiel im Irak — die Macht an sich reißen? Salem Abdel war für den ersten Weg, während sich Mustafa El Barzani und Hallad Bagdasch entschieden für die Machtübernahme der Kommunisten aussprachen.

Bereits auf dem XXI. Parteitag der KPUdSSR in Moskau hatte Hallad Bagdasch gefordert: «Eines der wichtigsten Probleme ist die Frage nach der Rolle der Kommunistischen Partei in der nationalen Befreiungsbewegung. Es genügt nicht, von der führenden Rolle der Kommunisten in dieser nationalen Befreiungsbewegung nur zu sprechen. Es geht darum, die Führung der Kommunisten im Zuge des offenen Kampfes selbst zu verwirklichen. In jedem Fall besteht die Hauptaufgabe darin, die Partei zu stärken, ihre Verbindung zu den Massen zu erweitern und ihre organisatorischen und ideologischen Grundlagen zu festigen, um die Voraussetzungen für die Übernahme der Macht zu schaffen.»

Demgegenüber Salem Abdel: «In der nationalen Befreiungsbewegung haben die Erfahrungen aller Araber ihren Niederschlag gefunden. Die Bewegung der arabischen Völker befindet sich gegenwärtig in der Etappe der nationalen demokratischen Befreiungsbewegung. Die Erringung der Einheit der arabischen Völker ist ein Teil dieser Etappe, in der die Frage des Übergangs zum Sozialismus und die Durchführung der proletarischen Revolution noch nicht auf der Tagesordnung stehen.» («Aus der internationalen Arbeiterbewegung», Ost-Berlin, 10. 5. 58.)

In einer Sitzung des erweiterten Politbüros der irakischen KP Mitte Juli 1959 prallten die gegensätzlichen Auffassungen noch einmal hart aufeinander, doch Salem Abdel konnte seine Ansicht durchsetzen. Das Ergebnis war die sensationelle Erklärung des Politbüros, die am 3. August als Antwort auf die scharfen Angriffe Kassems veröffentlicht wurde.

Salem Abdel warf den Anhängern Barzanis und Bagdaschs vor, durch ihre «Linksabweichungen» in der übertriebenen Forderung nach der Übernahme der Macht durch die Kommunisten, die «nationalen Kräfte» erschreckt zu haben. Diese «Linksabweichung» drohe, die Kommunisten in der «nationalen Befreiungsbewegung» zu isolieren und vor allem die Gegensätze zwischen dem Islam und dem Kommunismus zu verschärfen, wodurch ein «Heiliger Krieg» der Moslems gegen die Kommunisten provoziert werden könne.

Salem Abdel berief sich auf die alten Programmgrundsätze des «Verbandes zur Befreiung des Ostens», der als Grundbedingung für die Durchführung der Revolution im Nahen Osten, die Zusammenarbeit der Kommunisten mit der panislamitischen Bewegung gefordert habe. Der «Verband zur Befreiung des Ostens» hatte sich am 31. Oktober 1918 in Moskau auf einem Kongreß russischer und orientalischer Politiker konstituiert und das erste bolschewistische Programm für die Revolutionierung des Orients entworfen. Geistiger Vater dieses Programms war *K. Trojanowski*, ein alter Experte der Bolschewiki für die «nationale und koloniale Frage», der bereits auf der «August-Beratung des ZK der SDAPR» (Sozialdemokratische Arbeiter-Partei Rußlands) von 1913 in Krakau unter Lenins Führung an der Resolution der Bolschewiki über die «nationale und koloniale Frage» mitgearbeitet hatte. In seiner 1918 in Moskau erschienenen Denkschrift «Der Orient und die Revolution» umreißt Trojanowski die Stellung des Kommunismus zum Islam wie folgt:

«Die panislamitische Bewegung ist zwar ihrem Wesen nach national und religiös. Aber seit jeher war der Islam eine tätige, politische Religion. Die Mohammedaner sind nicht vorwiegend ein theologisches Volk, sondern ein politisches. Ihr religiöses

Leben ist von politischem und kriegerischem Geist durchdrungen. So kann der Panislamismus sehr wohl zu politischen Zwecken — vor allem zur Förderung der Bewegung zur staatlichen Unabhängigkeit ausgenutzt werden. So sind die nationalen Befreiungsbewegungen der Araber gegen den Imperialismus eine Etappe auf dem Weg zur Revolutionierung des Ostens, eine Reserve für die proletarische Weltrevolution.»

Im Hinblick auf die erstrebte Ausweitung der russischen Revolution analysiert Trojanowski in einer Art «Globalstrategie» die Rolle der Länder des Nahen Ostens und ihre Stellung zur Revolution. Sowjetrußland sei auf Grund seiner günstigen geopolitischen Lage dazu berufen, «zum Vorposten nicht nur der europäischen, sondern auch der asiatischen Revolution zu werden», es müsse seine vermittelnde Stellung dazu benutzen, «um nicht nur zu einem ideellen, sondern auch zu einem organisatorischen Zentrum der Revolutionierung des Ostens zu werden».

Im Artikel 1 des sozialpolitischen Teils des «Programms des Verbandes zur Befreiung des Ostens» heißt es: «Der Verband hat sich zum Ziel gesetzt, alle gesondert auftretenden Bestrebungen des zu neuem Leben erwachten Ostens zu vereinheitlichen, um auf diese Weise eine Einheitsfront des Antiimperialismus an der Wiege dieses Imperialismus in Asien zu schaffen[1].»

Die Länder des Nahen Ostens, vor allem Persien, der Irak und Ägypten, die im Zentrum der Islamwelt liegen, sind nach Trojanowski das «Tor zur Revolution», das den Weg zur Revolutionierung des gesamten afro-asiatischen Raumes öffnet. Deshalb sei die taktisch richtige Stellung der Kommunisten zur panislamitischen Bewegung eine Schlüsselfrage zur Ausbreitung der Revolution in diesem gewaltigen Raum.

Das ist genau die Taktik Salem Abdels: die proletarische Revolution steht noch nicht auf der Tagesordnung. Durch die Übernahme der Macht in einem arabischen Land durch die Kommunisten würden die nationalen arabischen Kräfte abgeschreckt. «Wir befinden uns gegenwärtig in der Etappe der nationalen demokratischen Befreiungsbewegung. Die Vereinigung aller Araber gegen den Imperialismus ist das Nahziel. Jede darüber hinausgehende Zielsetzung ist eine ‚Linksabweichung', die die Kommunisten zwangsläufig von der panislamitischen Bewegung isolieren muß[2].»

Im sozialökonomischen Teil seines Programms schlug Trojanowski bereits im Jahre 1918 eine verstärkte wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den arabischen Ländern und Sowjetrußland vor: «Der Verband zur Befreiung des Ostens tritt entschieden für die Freiheit des Zutritts und Eindringens all derer in Asien ein, die friedlich und mit kulturellen Mitteln die unerschöpflichen Quellen Asiens ausbeuten und zugleich die Produktivkräfte der Länder des Ostens entwickeln wollen.» Für wen diese «Freiheit des Zutritts» gedacht ist, sagt Artikel 10 des Programms:

«Eine derartige wirtschaftliche Politik im Nahen Osten kann aber nur statthaben durch Beziehungen zu den sozialistischen Staaten des Westens, deren gegenwärtige Avantgarde die russische sozialistische föderative Republik ist.» Die Länder des Nahen Ostens, Ägypten, Syrien, Irak, sind heute Schwerpunkte in der sogenannten «Rubel-Offensive» des Ostblocks. (Vgl. H. G. Glaser: «Die Rubel-Offensive in der kommunistischen Strategie», Monatsblätter für freiheitliche Wirtschaftspolitik, Frankfurt a. M., Nr. 12/58, S. 726ff.)

Die chinesischen Kommunisten dürften einen nicht unwesentlichen Einfluß darauf gehabt haben, daß sich der irakische KP-Chef, Salem Abdel, mit seiner Auffassung durchsetzen konnte. Pekings Nahost-Exper-

[1] Siehe E. Hurwicz: Die Orientpolitik der Dritten Internationale, Berlin 1922, S. 18—23.

[2] «Aus der internationalen Arbeiterbewegung». Ostberlin 10. 5. 1958 (Interview mit Salem Abdel).

te, Burhan Schahidi, Vorsitzender der 1953 in Peking gegründeten «Vereinigung chinesischer Moslems», hatte im April, anläßlich der Unterzeichnung des «Chinesisch-Irakischen Kulturabkommens» in Bagdad, eine längere Aussprache mit dem irakischen KP-Führer. (Vgl. «China Pictorial», Peking, Nr. 10/59.) Schahidi warnte Abdel eindringlich davor, durch übertriebene Forderungen die nationalistischen Kräfte vor den Kopf zu stoßen. Er erinnerte an das Beispiel der chinesischen KP, die es verstanden habe, auch die «nationalen Kräfte» ihres Landes «zum Verbündeten im Kampf gegen den ausländischen Imperialismus» zu machen. Auf Veranlassung Schahidis wurde in Bagdad am 7. April 1959 eine «Gesellschaft für Irakisch-Chinesische Freundschaft», unter Vorsitz von Abood Zalzalah, gegründet, die einen starken Einfluß auf das öffentliche Leben des Landes ausübt und eine große Rolle in der ideologischen Ausrichtung der irakischen KP spielt. Bezeichnend dafür sind vor allem die Stellungnahmen führender arabischer Kommunisten, die immer wieder auf das «chinesische Beispiel der Revolution» hinweisen. (Vgl. «Communism and Arab Nationalism» in «Problems of Communism», Washington, Nr. 3/1959.)

Der chinesische Islam-Experte, Burhan Schahidi, hatte bereits im Jahre 1956 mit einer ausgesuchten Gruppe chinesischer Funktionäre eine längere Reise durch den arabischen Raum unternommen und dabei Saudi-Arabien, Ägypten, Syrien, den Libanon, Jordanien, Libyen, Tunesien und Afghanistan besucht. Im Anschluß an seine Reise gründete Schahidi in Peking die «Islamische Akademie», die die Aufgabe hat, chinesische Experten als Berater für den arabischen Raum zu schulen. (Vgl. «China-Handbuch», Peking 1958, S. 123f.)

Hans-Georg Glaser

Die Streitkräfte der Ostpaktstaaten

Die vorzüglich redigierte Zeitschrift für Gegenwartsfragen des Ostens, *Ost-Europa*, brachte in ihrer Nr. 7/8 einen interessanten Aufsatz über die Streitkräfte der Ostpaktstaaten, den wir auszugsweise wiedergeben. — Das auf dem *Warschauer Pakt* von 1955 beruhende Bündnissystem der Ostpaktstaaten bindet den totalitären Kollektivapparat des Ostens wesentlich straffer als das westliche Paktsystem. Die Unterschrift unter den Warschauer Pakt enthält die Bereitwilligkeit der Partner, sich dem sowjetischen Oberbefehlshaber, Marschall Konjew, zu unterstellen und ihre gesamte Wehrstruktur dem sowjetischen Vorbild anzupassen. Die Gleichschaltung durch russische Berater und russisches Ausbildungspersonal ist gekoppelt mit der politischen Überwachung, die sich vor allem auf die personelle Auswahl des Führerbestandes erstreckt. Der gelenkte Aufbau auf einheitlicher struktureller und ideologischer Grundlage wollte ein geschlossenes Wehrinstrument von soldatischer Schlagkraft, politischer Verläßlichkeit und moralischer Stabilität erreichen.

Dem russischen Vorbild entsprechend gliedert sich die *Wehrorganisation der Paktländer* in die Nationale Volksarmee mit Heer, Marine und Luftwaffe, dem Ministerium für nationale Verteidigung unterstellt, in die Sonderverbände des Innenministeriums (Grenzschutz, Verbände der nationalen Sicherheit) und in die verschiedenen Hilfsorganisationen wie paramilitärische Jugendverbände, Betriebsmilizen und Wehrgesellschaften für die Massenausbildung. Als dritte militärische Kraft wurde eine aus Eliteformationen der beteiligten Länder gebildete *Paktarmee* in Aussicht genommen, die dem Oberbefehlshaber Marschall Konjew unmittelbar

unterstellt sein soll. Den überwiegenden Teil der für diese Stoßarmee bestimmten Divisionen stellt die UdSSR, den kleineren Rest die übrigen Paktstaaten. Diese Paktarmee verkörpert das ständig scharf geschliffene Schwert des Weltproletariats, das nicht nur gegen einen möglichen äußeren Gegner eingesetzt werden kann, sondern nötigenfalls auch innenpolitische Sicherheitsaufgaben übernehmen soll. Näheres über diese Paktarmee erfuhr der Westen im Herbst 1956 beim Zerfall der ungarischen Armee, die sich mit zwei Divisionen an der Paktarmee beteiligen sollte. Die Aufstellung der beiden Divisionen begann im Januar 1956 und hätte im Herbst 1957 abgeschlossen sein sollen mit ihrer Verlegung in die Tschechoslowakei und nach Rumänien. Durch die revolutionären Vorgänge in Polen und Ungarn wurde das Pakttruppenprojekt mindestens für die beiden betroffenen Länder zunächst zurückgestellt.

Die Truppenstärke der Paktländer wird vereinfacht in Divisionen angegeben, trotzdem dieser Zählart einige Mängel anhaften. Die Effektivstärke der Sowjetarmee wird mit rund 140 Volldivisionen angenommen, von denen die Hälfte Panzer- oder mechanisierte Divisionen sind. Nahezu ebenso groß ist die Zahl der auffüllbaren Kader-Divisionen. Ein Teil der Volldivisionen ist im Gebiet der übrigen Paktstaaten stationiert. In Polen wurden 24 Infanteriedivisionen und 8 Panzerdivisionen neu aufgestellt, doch ist ihre Panzerausrüstung noch unvollkommen. Ungarns Volksarmee, die nach dem Zusammenbruch von 1956 neu aufgebaut werden muß, soll vorläufig 12 Infanterie- und 4 Panzerdivisionen umfassen. Die durch ihre Rüstungswerke in Brünn und Pilsen bestens ausgerüstete Armee der Tschechoslowakei zählt 12 Infanteriedivisionen, ein Panzerkorps und drei Panzerdivisionen. Bulgarien stellt zehn Infanterie- und 3 Panzerdivisionen, Rumänien, in Überschreitung der im Pariser Friedensvertrag festgelegten Stärken, 12 Infanteriedivisionen und ein Panzerkorps. Albanien besitzt lediglich 4 Infanterie- und zwei Panzerregimenter, bildet aber mit seinen Stützpunkten an der Adria eine wertvolle Basis für Unterseebootsaktionen und Raketenabschuß. 5 Infanterie- und 2 Panzerdivisionen der Sowjetzone Deutschlands sind aus der kasernierten Volkspolizei hervorgegangen. Die Gesamtkräfte der osteuropäischen Satelliten betragen 75 Infanteriedivisionen, 2 Panzerkorps und 21 Panzerdivisionen, die zahlenmäßig den westlichen Schwert- und Schildtruppen beträchtlich überlegen sind.

Da die Rote Armee bei ihrem Aufbau zunächst weitgehend die Hilfe ehemaliger zaristischer Offiziere und Unteroffiziere in Anspruch nehmen mußte, setzte sie als Sicherheitfaktor über jeden Kommandeur einen ihm übergeordneten *politischen Kriegskommissar* mit außerordentlichen Befugnissen. Das gleiche System mit allen Begleiterscheinungen und Konsequenzen ahmten nach dem zweiten Weltkrieg die Satellitenstaaten nach. Seit Jahrzehnten wehren sich die Truppenkommandanten gegen die eigenwillige Einflußnahme von Parteiorganen auf die Soldaten und ringen mit wechselndem Erfolg um das Einheitskommando der Offiziere, bei dem der Politruck dem Kommandanten nur als unterstellter politischer Berater beigegeben ist. Der durch politischen Argwohn bedingte ständige Versuch der Partei, die Vollmachten der Truppenkommandanten zugunsten des Aufsichtsrechtes der Politorgane einzuschränken, führt zur Verbitterung der Verdächtigten und zerstört in ihren Auswirkungen die Homogenität der Führerschaft. Noch nachteiliger für den Geist der Truppe ist die Tätigkeit der in die Streitkräfte eingebauten Hauptverwaltung für Abwehr mit Organen bis zu den Einheiten und selbständigen Regimentern. Neben der eigentlichen Abwehr haben sie Moral und Gesinnung der Truppe zu überprüfen, wozu sie sich eines besonderen Informationsnetzes in der Truppe bedienen. Das Wirken dieser Abwehrorgane wird als kränkend empfunden und unterminiert die Moral der Einheiten. In den Armeen der Satelliten hat sich die Übernahme solcher Überwachungsmethoden als

noch unliebsamer erwiesen. Trotz dieser negativen Faktoren darf nicht übersehen werden, daß *die Schlagkraft der Ostpaktmächte* im Ernstfall wesentlich von der ideologischen Glaubensstärke der «Vorkämpfer der Weltrevolution», von ihrem Vertrauen zum Moskauer Regime und seiner These vom «gerechten und ungerechten Krieg» sowie von der durch die Liebe zum eigenen Volk bedingten Gewissensentscheidung des Einzelnen abhängen. Diese psychologischen Imponderabilien wiegen schwerer als die materielle Lebenslage und die Zahl der vorhandenen Divisionen.

Zwangsarbeit in der Sowjetunion

Die von der *American Federation of Labor* herausgegebenen *Freigewerkschaftlichen Nachrichten* (Room 509, Broadway 1710, New York 19, NY) publizierten in ihrer Nr. 7/1959 unter dem Titel «Der heutige Stand der Zwangsarbeit in der Sowjetunion» einen Bericht von *Paul Barton*, Fachmann in Fragen des sowjetischen Wirtschaftssystems und der Rolle, die die Gewerkschaften in der Industrie hinter dem Eisernen Vorhang spielen. Wir entnehmen diesem Artikel auszugsweise, daß der 21. Parteitag der Kommunistischen Partei Rußlands in seinen Entschließungen betonte, der Staatssicherheitsdienst müsse fortlaufend verstärkt werden, und daß sich im Mai 1959 eine Konferenz einer großen Anzahl von Beamten des Staatssicherheitsdienstes in einer Botschaft an das Zentralkomitee der Partei ausdrücklich auf diese Entschließungen berief. Durch diese Forderung wird das offizielle Propagandamärchen, daß die Schrecken der Stalinära einer unwiederbringlichen Vergangenheit angehören, in vernichtender Weise dementiert. Nach der offiziellen Propaganda soll ein Regierungsbeschluß vom 25. Oktober 1956 die Konzentrationslager endlich abschaffen und sie durch zwei Haftsysteme ersetzen: Gefängnisse und Zwangsarbeitskolonien. Ein Erlaß mit Bestimmungen dieser Art ist aber in der Sowjetunion nie veröffentlicht worden. Ausführungen des Innenministers kann ferner entnommen werden, daß es nicht darum geht, die großen Lagerkomplexe in verschiedenen ganz verlassenen Gegenden aufzulösen, sondern lediglich um die Ergreifung der nötigen Maßnahmen, damit diese aufhören, einen Staat im Staate zu bilden und sich mehr oder weniger der Kontrolle Moskaus zu entziehen.

Als grundlegende Tatsache ist festzuhalten, daß es in der Sowjetunion immer noch Konzentrationslager und Zwangsarbeit gibt. Seit etwa zehn Jahren macht indessen das sowjetrussische Zwangsarbeitssystem eine schwere Krise durch. Zufolge der Massendeportationen nimmt die Bevölkerungszahl nur in abnormal geringem Maße zu, und es entstand ein ernstes Mißverhältnis der Geschlechter. Angesichts der alarmierenden bevölkerungsstatistischen Situation war es unmöglich, die Massendeportationen in demselben Ausmaße wie früher weiterzuführen, und die Behörden erkannten die Notwendigkeit, die Ausbeutung der bereits vorhandenen Gefangenen zu rationalisieren. Man mußte schließlich einsehen, daß das Verhältnis von einem Toten auf eine Eisenbahnschwelle im Eisenbahnbau oder von einem Toten auf jeden gebohrten Meter im Bergbau einfach unwirtschaftlich war. Streiks und Aufstände der Gefangenen, die im Frühjahr 1953 begannen, erzwangen dann schließlich gewisse Reformen.

Nach Durchführung einiger Reformen hat wohl die Gesamtzahl der Gefangenen wesentlich abgenommen. Aber die Mehrzahl der Entlassenen sind keine freien Bürger geworden, sondern sind gezwungen, in dem Bezirk, in dem sie gefangen gehalten wurden,

zu bleiben und in den gleichen Betrieben wie vorher zu arbeiten. In den meisten Fällen handelt es sich also lediglich um den Übergang von einer Form der Zwangsarbeit zu einer andern. Aus den Lagern des Westens wurden viele Gefangene in Lager des Ostens verlegt. Gleichzeitig ist die Zahl der Zwangsarbeiter in den Gefängnissen gestiegen. Männer, die besonders schwer bestraft werden sollen, werden heute zu Zwangsarbeit in die Gefängnisse gesteckt. Schließlich ist auch eine Ausdehnung der Zwangsarbeit ohne Haft festzustellen. Die meisten Sowjetrepubliken erließen 1957 Gesetze gegen asoziale und schmarotzerhafte Elemente, die es den Bürgerversammlungen erlauben, ohne irgendein Gerichtsverfahren, durch einfache Abstimmung einen Bürger für eine Spanne von zwei bis fünf Jahren zu verbannen.

Im ganzen gesehen ist festzustellen, daß das System der Konzentrationslager und der Zwangsarbeit zufolge der ernsten Bevölkerungskrise und der Gefangenenaufstände allmählich zerfällt. Die russischen Behörden verlieren indessen wegen der gegenwärtigen Schwierigkeiten die Perspektiven auf lange Sicht nicht aus den Augen. Während sie allen Ballast über Bord werfen, tun sie anderseits alles Notwendige, um den Kern dieser Einrichtung in dieser Krisenperiode zu erhalten. Sie bewahren sich damit die Möglichkeit, der Institution einen neuen Aufschwung zu geben, wenn sich eine günstigere Situation ergeben sollte.

In diesem Zusammenhang erwähnen wir noch die in der September-Ausgabe der Zeitschrift *Außenpolitik* wiedergegebene Meldung des Verbandes der ungarischen politischen Flüchtlinge, wonach noch immer 63 000 ungarische Gefangene, darunter 7000 Mädchen, in sibirischen Konzentrationslagern festgehalten werden.

Innenpolitsche Tagesfragen

Wahlen stehen bevor

In den nächsten Wochen werden die Nationalratswahlen das innenpolitische Feld beherrschen. In wesentlich ruhigerer Atmosphäre wird sich die Neuwahl des Ständerates abspielen. Der Aufmarsch zu Kampf und Propaganda erfolgt spät, und eine stärkere Bewegung in der Öffentlichkeit ist bis anhin nicht festzustellen. Einen erfreulichen Auftakt bildet der engere bürgerliche Schulterschluß in der *Waadt*. Dieser Kanton, einst von festgefügter politischer Struktur, ist in den letzten Jahren zu einer Zone der Unberechenbarkeit geworden. Die kommunistische «Partei der Arbeit» fand zu viel Aktionsmöglichkeiten, und Mißhelligkeiten wie eine schlechte Stimmung des Landes gegen die Stadt schwächten die bürgerlichen Kräfte. Vielleicht ist der engere Schulterschluß nun das Zeichen, daß diese Ära überwunden wird.

Wahlzeiten sind Zeiten der heftigeren Sprache, der Attacken, des Selbstlobs, des Versuchs, Randgruppen für sich zu gewinnen. Sie sind auch Zeiten, da die «terribles simplificateurs» ihre geistigen Erzeugnisse auf den Markt bringen. In diese Kategorie gehört etwa die Darstellung, die der, eine handfeste Sprache liebende, bernische Nationalrat und sozialistische Parteipräsident *Grütter* am kürzlichen kantonalen Parteitag von sich gegeben hat. Er führte laut «Tagwacht» vom 15. Sept. 1959 aus: «...doch in andern entscheidenden Fragen wurde die sozialdemokratische Minderheit niedergestimmt — und heute haben wir die Scherben: Die Wohnungsnot dauert an, nicht zuletzt, weil kostbare Zeit für sozialen Wohnungsbau verloren ging, als Bundesrat und bürgerliche

Parteien entgegen den Warnungen der Sozialdemokraten eine unsinnige *Kapitalmarktpolitik* betrieben. Über anderthalb Milliarden Bundesmittel wurden sterilisiert, die Hypothekenzinse erhöht, der Wohnungsbau gedrosselt, die Teuerung verschärft — alles Fehler, die heute auch von bürgerlicher Seite zugegeben werden.» Diese Darstellung, die der Wahlpropaganda dienen soll, ist nicht mehr nur vereinfachend, sie ist geschichtsfälschend. Nicht die bürgerlichen Parteien, sondern die Nationalbank hatte in der Kapitalmarktpolitik die Führung. Von einer Frontstellung Sozialisten-Bürgerliche war keine Rede. Gegner und Befürworter und Unentschiedene verteilten sich auf beide Lager, wobei die Unentschiedenen die weitaus größte Gruppe darstellten. Führende Gewerkschafter verteidigten die Politik der Kreditverknappung. Die Teuerung wurde nicht verschärft, sondern aufgehalten. Die zeitweise Kapitalknappheit rührte nicht von der Sterisilierungspolitik her, sondern von der passiv gewordenen Zahlungsbilanz. Die sterilisierten Mittel wurden relativ früh eingesetzt, blieben aber ohne Wirkung, weil die in der Wirtschaft herrschenden Größenordnungen ganz andere waren. Die Wende kam, als sich die Bedingungen in der Wirtschaft änderten. Die Bautätigkeit war von privater Initiative getragen, die Genossenschaften taten fast nichts. Im übrigen hat man in der Schweiz nie auch nur annähernd eine Politik der Kreditbeschränkung betrieben wie im sozialistischen Schweden, wo sie auch heute in Anwendung steht. Was Herr Grütter aufgetischt hat, ist der Versuch einer Dolchstoßlegende.

Lösung aus der Erstarrung

Daß in den letzten vier Jahren in der Lockerung der Mietzinskontrolle fast keine Fortschritte gemacht werden konnten, war nicht nur von wirtschaftlicher Bedeutung. Man war gedrängt, sich die Frage zu stellen, ob unsere direkte Demokratie, die sonst ja für unser Land ein so großer Segen ist, die Entschluß- und Handlungsfähigkeit verloren habe, wenn sie sich dem «Nein» von Massenorganisationen gegenübersieht. Offensichtlich ist ja das im heute gültigen Verfassungszusatz enthaltene Gebot des schrittweisen Abbaues der Kontrolle zum größern Teil unausgeführt geblieben. Um so erfreulicher ist es, zu sehen, daß die Lösung aus der Erstarrung doch möglich ist, wenn sich Männer finden, die das wollen. Bundesrat Dr. *Holenstein* ist es, der sich entschlossen hat, dem Bundesrat einen Weg aus der Sackgasse vorzuschlagen. Im Chef der Preiskontrolle, *F. H. Campiche*, fand er einen loyalen Helfer, und als besonderer Glücksfall ist es anzusprechen, daß sich Prof. *Böhler*, Präsident der Preiskontrollkommission, die geistige Anstrengung hat kosten lassen, neue Wege auszudenken. Sein Vorschlag des Übergangs vom starren Preisdiktat zur freieren Überwachung ist aussichtsreich. Die Überwachung wird sich zudem so ausgestalten lassen, daß eine Ausnützung der Mangellage verhindert werden kann. Das kann nicht nur, es soll auch geschehen. Wenn auch vom schweizerischen Hauseigentümer im allgemeinen erwartet werden darf, daß er die gegenwärtige Mangellage nicht ausbeuten wird, ist doch auch an Sonderfälle zu denken wie an ausländische Hausbesitzer, deren Interesse fast nur in einem guten Ertrag besteht.

Ebenfalls einen Fall, wo sich der Staat zu lange nicht getraut hat, gegen das «Nein» von Massenorganisationen einen Schritt zu tun, bildet die *Preisausgleichskasse für Milch und Milchprodukte*. Ein durch und durch künstliches Gebilde, einst geschaffen, um in der Kriegszeit durch Preisvereinheitlichung die Preiskontrolle zu erleichtern, hat sie, weil lautstarken Interessen dienend, ihr Leben bis heute verlängert. Wegen einzelner Rappen Milchpreisverbilligung in den Städten, die zum Teil von der Landbevölkerung durch eine Preisaufschlag getragen werden muß, durfte ein kriegswirtschaftliches Relikt nicht angetastet werden. Die neue Preiskontrollvorlage des Bundesrates führt nun

auch hier, wo die Abdankung der Entschlußfähigkeit sich der Lächerlichkeit näherte, aus der Erstarrung heraus.

Verschiebung des Arbeitsgesetzes?

Die Einleitung eines Initiativbegehrens für die gesetzliche 44-Stundenwoche durch den Schweiz. Gewerkschaftsbund und die Vereinigung schweiz. Angestelltenverbände dürfte die Verschiebung der Weiterberatung des Arbeitsgesetzes bis nach dem Entscheid über dieses Initiativbegehren zur unausweichlichen Folge haben. Dieses Gesetz kommt für so lange unter die Lawine. Soll es über die Arbeitszeit nichts besagen, weil die Initiative die Lücke schließen werde? Das ist unmöglich. Die Befürworter der Initiative werden vom Gesetz verlangen, daß es nicht hinter ihrem Begehren zurückbleibe. Für die Gegner der Initiative wäre dies die Kapitulation vor der Initiative selber. Von großen Gruppen angefochten, hätte das Gesetz so gut wie keine Aussichten in einer Volksabstimmung. Unter solchen Umständen werden die Beratungen am besten ausgesetzt. Ob alle Befürworter der Initiative diese wohl unvermeidliche Konsequenz vorausgesehen haben, ist fraglich. Sie haben aber eine Zwangslage geschaffen.

Staatseingriff als Prinzip

Bei der kürzlichen Beratung des Atomgesetzes im Nationalrat war darüber zu entscheiden, ob für Atomanlagen die Polizeibewilligung oder die Konzession gelten soll. Die Konzession hat ihre Befürworter auf der Linken, die Polizeibewilligung entspricht dem Antrag des Bundesrates und dem Beschluß des Ständerates. Der Übergang zur Konzessionspflicht würde sich insofern im luftleeren Raum bewegen, als im Gegensatz zur Konzessionserteilung für die Nutzung von Wasserkräften keine Nutzung öffentlichen Eigentums zu verleihen ist. So würde die Konzessionspflicht einfach bedeuten, daß ein Gebiet der Privatwirtschaft vom Staat grundsätzlich an sich gezogen würde. Für die Vorsorge gegen die Strahlungsgefahren böte die Konzessionspflicht keine Vorteile. Hingegen könnte die freie Entwicklung der Kräfte behindert werden. Ferner dürften dem Bund aus der Konzessionshoheit Verantwortungen erwachsen, die sich in ihrer Tragweite erst in Zukunft überblicken lassen. Der sozialistische Antrag ist nicht wegen erwarteter Vorzüge, sondern aus Prinzip erfolgt, und das Prinzip lautet dort immer noch: Im Zweifelsfall für den Staatseingriff. Der Nationalrat hat das Konzessionssystem nun abgelehnt.

Bahnkosten und Bahnunfälle

Mit dem 1. Oktober gehen in der Schweiz die *Tarife* im Personen-, Gepäck- und Expreßgutverkehr in die Höhe. Die Verteuerung, die im Mittel mit 11,5% angegeben wird, wird mit einer Reihe von Vereinfachungen verbunden, die Aufwand sparen sollen. Zum Teil dient die Erhöhung dem Ausgleich vermehrter Personalkosten, insbesondere im Zusammenhang mit der Arbeitszeitverkürzung, die nun einmal nicht gratis ist.

Auffallend ist in letzter Zeit die Häufung der *Bahnunfälle*. Glücklicherweise verliefen sie ohne größere Personenschäden, was zum guten Teil auf die unfallvermindernde Konstruktion der neuen Wagen zurückzuführen ist. Die Häufung ist trotzdem beunruhigend. Eine zusammenhängende Auskunft wäre erwünscht. Parlamentarische Anfragen sind schon in viel kleineren Dingen eingereicht worden.

Unwetterschutz

Die Öffentlichkeit hat es kaum zur Kenntnis genommen, daß dank privater Initiative nun seit genau 6 Jahren alle der Schweiz. Feuerversicherungs-Vereinigung angeschlossenen Feuerversicherungsgesellschaften die Feuerrisiken nur noch mit Einschluß der vollen Elementarschadendeckung versichern. Als solche kommen vor allem Sturmschäden, Hochwasser, Lawinen und Felsstürze in

Betracht. In den ersten fünf Jahren wurden bereits Schäden im Betrag von 12,6 Mio Fr. gedeckt. Da Unwetterschäden vor allem in den Berggebieten auftreten, stehen diese unter den Bezügern weit stärker voran, als es ihrer Prämienleistung entsprechen würde. In der Stille ist hier ein respektables Stück Berghilfe geleistet worden.

Helveticus

Unsere Neutralität – heute

VIII. Herbsttagung der Aktionsgemeinschaft Nationaler Wiederaufbau

Im herrlich gelegenen Parkhotel Gießbach fand wiederum die Herbsttagung des Redressement National statt, die dieses Jahr dem Thema «Unsere Neutralität — heute» gewidmet war. Wie die früheren Tagungen erhielt auch die diesjährige Zusammenkunft ihre besondere Note durch die vielen anwesenden Studenten, die rund die Hälfte der Teilnehmer ausmachten. Durch die Heranziehung der jungen Generation hält sich das Redressement neuen Auffassungen stets offen, trägt aber zugleich dazu bei, den jungen Teilnehmern den Sinn für die Verantwortung und für die Realitäten des politischen Lebens zu vermitteln. Offen und lebendig geführte Diskussionen, an denen sich Alt und Jung beteiligten, machten das Treffen zu einem vollen Erfolg.

Das Thema der Tagung erhielt seine besondere Aktualität durch die in rascher Entwicklung befindliche Integration Europas, die die Schweiz vor die Frage stellt, ob sie ihre Neutralität und Eigenstaatlichkeit in den sich verändernden Verhältnissen noch wird aufrechterhalten können. Die Leiter des Redressement haben die Tagung in zweckmäßiger Weise so eingeteilt, daß am ersten Tag zwei Referate über die allgemeinen Gesichtspunkte der schweizerischen Neutralität und am zweiten Tag zwei Referate über die Haltung der Schweiz gegenüber der europäischen Wirtschaftsintegration gehalten wurden, denen am Schluß eine eingehende Diskussion in zwei Gruppen folgte.

Als erster Referent sprach Prof. Dr. *W. Ganz* (Winterthur) über «Die historischen und politischen Voraussetzungen unserer Neutralität». In anschaulicher Weise gab er eine Schilderung des Werdegangs der schweizerischen Neutralität von der völkerrechtlichen Anerkennung der dauernden Neutralität der Schweiz durch die Neutralitätsakte von 1815 bis zur Gegenwart, wobei er die politischen Kräfte hervorhob, die sich zugunsten oder zuungunsten der Neutralität auswirkten. Eine besondere Aufmerksamkeit schenkte er den Problemen der Neutralität in der Zeit des 1. Weltkrieges, die die erste Bewährungsprobe seit 1815 war. Der damals entstandene Graben zwischen Deutsch und Welsch, der sich in der unterschiedlichen Sympathie gegenüber den beiden Kriegsparteien äußerte, stellte die Schweiz vor die Frage nach dem Sinn der Neutralität und warf besonders das Problem der Gesinnungsneutralität auf. Allmählich setzte sich die Erkenntnis durch, daß Neutralität nicht Uninteressiertheit bedeutet, sondern im Helferwillen ihre Ergänzung finden muß. Durch ihre humanitären Werke und als Schutzmacht konnte die Schweiz etwas leisten, was anderen Staaten nicht möglich war. Die Gründung des Völkerbundes stellte unser Land vor eine neue Lage. Die damals gefundene Lösung, daß die Schweiz sich verpflichtete, an den wirtschaftlichen Sanktionen des Völkerbundes teilzunehmen, bedeutete eine Abschwächung der Neutralität, die aber 1938, nach dem Zusammenbruch des Sanktionensystems, rückgängig gemacht

wurde. Der Referent schilderte in der Folge die Auseinandersetzungen um die Gesinnungsneutralität im 2. Weltkrieg und wies abschließend auf die heutige Problematik der Neutralität hin, womit er zum zweiten Vortrag überleitete.

PD. Dr. *W. Schaumann* (Zürich) gab in seinem Referat über «Sinn und Problematik der schweizerischen Neutralität in der Völkergemeinschaft von heute» einen umfassenden Überblick über die Probleme der schweizerischen Neutralität vom Standpunkt des Völkerrechts aus gesehen. Er umschrieb zunächst den völkerrechtlichen Begriff der Neutralität und die Pflichten der Neutralen und behandelte hierauf das Verhältnis der Neutralität zu den Vereinigten Nationen und zur europäischen Einigung. Die Mitgliedschaft in den UN ist zufolge der Verpflichtung der Mitgliedstaaten, an militärischen Sanktionsmaßnahmen teilzunehmen, mit der Neutralität nicht vereinbar. Da sich allerdings das Sanktionensystem der UN, wie dasjenige des Völkerbundes, als funktionsunfähig erwiesen hat, stellt sich heute das Problem der Vereinbarkeit zwischen Neutralität und Mitgliedschaft praktisch nicht mehr. Daraus erklärt sich unter anderm, daß Österreich trotz seiner dauernden Neutralität in die UN aufgenommen wurde.

Bezüglich des Verhältnisses zwischen Neutralität und europäischer Einigung vertrat Dr. Schaumann die Ansicht, daß die Schweiz sich an allen jenen Organisationen beteiligen sollte, deren Mitgliedschaft mit der Neutralität vereinbar ist, während bei allen übrigen Organisationen eine Teilnahme nur dann in Betracht gezogen werden sollte, wenn zwingende Gründe dafür vorliegen. Ist nämlich die Neutralität einmal aufgegeben, wäre eine Umkehr kaum mehr möglich. Bei den militärischen Organisationen kommt eine Teilnahme der Schweiz nicht in Betracht. Bei der wirtschaftlichen Integration erscheint die Mitgliedschaft mit der Neutralität nicht ohne weiteres unvereinbar, könnte aber dennoch nachteilige Auswirkungen auf die spätere Aufrechterhaltung der Neutralität haben. So würde die Schweiz im Kriegsfall in gefährlichem Ausmaß in den Wirtschaftskrieg hineingezogen. Überdies zeigt die wirtschaftliche Integration immer deutlicher eine politische Seite, was der Neutralität ebenfalls abträglich ist. Keine neutralitätsrechtlichen Bedenken bestehen jedoch gegenüber dem Europarat, dem sich die Schweiz nicht fernhalten sollte. Der Referent wies freilich darauf hin, daß jede Teilnahme an Einigungsbestrebungen im Laufe der weiteren Entwicklung die Neutralität tangieren könnte. Aber selbst wenn wir uns allen europäischen Organisationen fernhalten, könnte die wirtschaftliche Entwicklung uns eines Tages dazu zwingen, mitzumachen. Die europäische Einigung beruht eben gar nicht so sehr auf freien Willensentscheidungen der Staaten, sondern ist wesentlich durch die äußeren Umstände bedingt.

«Die Haltung der Schweiz gegenüber der europäischen Wirtschaftsintegration» war das Thema des zweiten Tages. Es wurden zwei Referate gehalten, das eine von Prof. *H. Rieben*, Inhaber des neu geschaffenen Lehrstuhls für Fragen der europäischen Integration an der Universität Lausanne, das andere von Dr. *E. Straub* (Zürich). Die beiden Referenten nahmen verschiedene Standpunkte ein. Während der erste sich der EWG gegenüber positiv einstellte, vertrat der zweite den ablehnenden Standpunkt, wobei freilich beide Referenten hervorhoben, daß jede Stellungnahme heute nicht mehr als ein ungewisses Tasten sein könne. Prof. Rieben beurteilt die heutige europäische Integration vor allem aus der weltpolitischen Perspektive. Der 2. Weltkrieg hat die machtmäßigen Gewichte in der Welt völlig verschoben. Die Bedeutung Europas ist so gesunken, daß der Zusammenschluß der europäischen Staaten ein Minimum darstellt, um in der heutigen Welt bestehen zu können. Die europäischen Gemeinschaften waren auch notwendig, um die innereuropäischen Antagonismen zu überwinden. Der Referent bedauerte freilich das tragische Paradox, daß sich innerhalb der EWG heute eine Hegemonie herausbildet

und zu einer Spaltung Westeuropas führt, wodurch der Hauptzweck dieser Organisation — die Einigung — in Frage gestellt wird.

Während Prof. Rieben mit einem hohen Maß an Enthusiasmus die europäische Wirtschaftsintegration befürwortete, kam Dr. Straubs temperamentvoll vorgetragenes Referat mehr dem nüchternen und skeptischen Sinn des Schweizers entgegen. Der Referent bestritt die Nützlichkeit einer regionalen Wirtschaftsorganisation und trat für die allgemeine Meistbegünstigung ein. Zwischen einer europäischen Freihandelszone und der EWG besteht nur ein gradueller Unterschied. Die zugunsten der regionalen Organisationen ins Feld geführten Argumente, wie das Theorem von der Stagnation der europäischen Wirtschaft oder die Argumentation mit der zweiten industriellen Revolution, die die Integration notwendig mache, sind nicht stichhaltig. Die nähere Prüfung zeigt, daß die EWG gar nicht durch wirtschaftliche, sondern durch politische Motive veranlaßt wurde. Sie erstrebt die politische Einigung auf dem Umweg über die wirtschaftliche Integration. Wenn auch das Ziel der politischen Einigung erstrebenswert ist, ist es doch auf diesem Wege nicht erreichbar. Die politische Einigung kann nur durch politische Mittel erreicht werden. Der Referent wies sodann auf die gefährlichen Anzeichen eines verstärkten französischen Nationalismus hin. Ein Beitritt der Schweiz zur EWG kommt, abgesehen von wirtschaftlichen Gründen, auch aus Rücksicht auf die Neutralität und Souveränität der Schweiz nicht in Betracht. Durch die Übertragung von staatlichen Kompetenzen an supranationale Organe würde die Eigenstaatlichkeit gefährdet. Es ist undenkbar, daß der Schweizer sich z. B. der Entscheidung eines fremden Richters unterwerfen würde. In der heutigen Situation ist für die Schweiz kein anderer Weg gangbar als derjenige der kleinen Freihandelszone, die man als eine Notgemeinschaft bezeichnen muß.

In der Diskussionsgruppe, die die Frage der Haltung der Schweiz gegenüber der EWG besprach, hielten sich die kritischen und die optimistischen Stimmen ungefähr die Waage. Trotz der Divergenz der Meinungen gelang es, einige allgemeine Schlußfolgerungen zu ziehen. So wurde allgemein als begrüßenswert anerkannt, daß es im Rahmen der Montanunion und EWG zur Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland kam, wogegen bedauert wurde, daß dadurch zugleich eine neue Differenz mit England entstanden ist. Einigkeit bestand auch darin, daß zwischen EWG und Freihandelszone nur ein gradueller Unterschied besteht. Allgemein wurde sodann bejaht, daß die EWG eine politische Zielsetzung habe, und daß sich daraus, sowie aus ihrem supranationalen Charakter, Bedenken bezüglich des Beitritts der Schweiz ergeben. Schließlich bestand allgemeine Übereinstimmung, daß die kleine Freihandelszone nur ein Mittel zum Zweck sein dürfe, nicht aber ein Endziel sein könne. Wünschenswert bleibt die große Freihandelszone.

Am letzten Tag wurden noch zwei Referate über andere Themen gehalten. Dr. *Ullin Streiff* sprach als Mitglied des Aktionskomitees «Wahret die Freiheit» über die Tätigkeit dieses Komitees am Jugendfestival 1959 in Wien. Eine für ihre Aufgabe trefflich vorbereitete Equipe von Studenten unternahm es, durch eine Ausstellung im Palais Schwarzenberg sowie durch persönliche Kontakte mit Festivalteilnehmern den Gedanken der Freiheit zu verbreiten. Dr. Streiff schilderte die vielfältigen Erlebnisse dieser Gruppe. Er betonte, daß es ganz unrichtig wäre, das Festival als Mißerfolg der Kommunisten zu deuten, wie das ein Teil der schweizerischen Presse getan hat. Das wichtigste Feld für die weitere Betätigung im Interesse der Freiheit sieht Dr. Streiff in der besseren Betreuung der Studenten aus den Entwicklungsländern, denen gegenüber die Schweizer sich bisher allzu sehr distanziert haben. Dr. Streiff und die zahlreichen an der Gießbachtagung teilnehmenden Mitglieder der Wiener Aktion konnten für ihren be-

wundernswerten Einsatz den Dank der Anwesenden entgegennehmen.

Schließlich sprach *Anatol J. Michailowsky* (München) über «Was geht in Rußland wirklich vor?». Es ging ihm dabei vor allem darum, die wahre Natur des Kommunismus zu zeigen. Er lehnte die in neuer Zeit oft geäußerte Deutung ab, wonach der Kommunismus nur eine Form des russischen Imperialismus sei. Der Kommunismus ist kein russisches Produkt, sondern eine Auswirkung des im europäischen Westen entstandenen Rationalismus. Rußland dient der kommunistischen Weltbewegung lediglich als Operationsbasis. An Hand zahlreicher Beispiele legte der Referent dar, daß heute in Rußland eine Revolution des Geistes im Gange sei, in der Pasternaks «Dr. Schiwago» nur eine Einzelerscheinung sei. Er hält dafür, daß der Machtkampf im Kreml noch nicht zu Ende sei, sondern der Armee noch eine große Rolle zufallen werde. Die mit Leidenschaft vorgetragenen Ausführungen hinterließen bei den Zuhörern einen tiefen Eindruck.

Die reiche Anregung, die man an dieser Tagung empfing, läßt einem mit Interesse der nächstjährigen Tagung entgegensehen.

Dietrich Schindler

Querschnitt durch neue Wirtschaftszeitschriften

Internationale Wirtschaftspolitik

Bei der ungeheuren Bedeutung, die dem drohenden Zerfall des westlichen Europas in zwei miteinander konkurrierende Wirtschaftsblöcke für die Zukunft unseres Erdteils politisch wie ökonomisch innewohnt, ist es verständlich, daß während der Berichtsperiode von Juni bis August 1959 in den Wirtschaftszeitschriften die Bildung der *Kleinen Freihandels-Zone (KFZ)* zwischen den «Äußeren Sieben» und ihr Verhältnis zum Gemeinsamen Markt der «Sechs» bei weitem ein bevorzugtes Gesprächsthema abgegeben hat. Man vermag keines der in unserem «Querschnitt» zu behandelnden Presseorgane durchzublättern, ohne auf einen je nach der Staatszugehörigkeit seines Verfassers zustimmenden oder ablehnenden Kommentar zur Stockholmer Konferenz und über die mutmaßliche Fortentwicklung der europäischen Zusammenarbeit zu stoßen. Aus der erdrückenden Fülle dieses Materials sollen hier heute nur die wichtigsten Arbeiten herausgegriffen werden: Der «Economist» vom 20. 6. betont die Notwendigkeit für die KFZ zur Verständigung mit der Europäischen Wirtschafts-Gemeinschaft (EWG). Das neueste Heft I/II der «Außenwirtschaft» trägt den Titel: «Die europäische Wirtschaftsintegration im Banne des Gemeinsamen Marktes» und enthält in einem gegen sonst erheblich erweiterten Umfang Beiträge aus der Feder namhafter Wirtschafts-Wissenschaftler der Schweiz und des Auslandes. Im «Economist» vom 18. 7. wird die Landwirtschaft als die «Achillesferse der Sieben» bezeichnet. «Die europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit und die landwirtschaftlichen Genossenschaften» beschäftigen die «Agrarpolitische Revue», Heft 10/11, in einem Aufsatz von Dr. E. Jaggi (Winterthur). Die Wiener «Industrie», Nr. 27, tadelt «die Stockholmer Lösung als nicht ideal». In der «Europäischen Wirtschaft» vom 31. 7. wird das Communiqué über das Stockholmer Ministertreffen wiedergegeben. Professor Dr. Röpke beschreibt in der «Weltwoche», ebenfalls vom 31. 7., den Weg «von der Kleinen zur Großen Freihandelszone», und Professor Dr. H. Bachmann (St. Gallen) hat vor dem Verein schweizerischer Metallwaren-Fabrikanten im Juni einen Vortrag über «Die europäischen Integrationsbestrebungen und ihre Rückwirkungen auf die Schweiz» gehalten, der von der «Schweizerischen Arbeitgeber-

Zeitung» am 7. 8. in Zusammenfassung reproduziert wird. Der Hamburger «Wirtschaftsdienst» vom August enthält Gutachten aus England, der Schweiz, Nordeuropa, Österreich, den Benelux-Staaten und Frankreich zu der Frage, ob ein «Weg zur gesamteuropäischen Lösung» gefunden werden kann.

Eine geschäftlich wertvolle Information liefert «La Suisse Horlogère» vom 6. 8. mit ihrer Meldung von der «Verlängerung der 90%-Liberalisierung des Handels unter den Mitgliedsländern der OEEC». — Durch den Entschluß der «Sieben» zur Errichtung der KFZ hat auch die Literatur über das GATT wieder eine Belebung erfahren. Mit der 14. Session der Signatarstaaten und ihren erfreulichen Resultaten befassen sich die «NZZ», Nr. 148 vom 1., der «Economist» vom 13. und die «Europäische Wirtschaft» vom 15. 6. Die «Schweizerische Handelszeitung (SHZ)» bezeichnet am 2. 7. die «Agrarbestimmungen im GATT» als revisionsbeürftig. Die Möglichkeit von Widerständen gegen die KFZ in den Kreisen des Genfer Abkommens befürchten die «NZZ», in ihrer Vielseitigkeit eine der ergiebigsten Aufklärungsquellen für den Wirtschaftspraktiker, vom 2. und die «SHZ» vom 6. 8. Am 12. 8. befaßt sich die «NZZ» (Nr. 220) mit dem neuesten Bericht des GATT für die Jahre 1957 und 1958, der mit interessanten Feststellungen über die Entwicklung des Welthandels aufwartet. — Von der «Wirtschaftslage in den EWG-Staaten» enthält die «NZZ» am 5. 7. in Nr. 182 ein Referat. Die recht ansprechenden «Wochenberichte» des Zürcher Bankhauses Bär preisen am 7. 8. die durchschlagende Wirkung «eingebauter Konjunkturstabilisatoren». Die Wirtschaftslage, international und in der Schweiz, während des 2. Quartals 1959 wird in der Mitteilung Nr. 139 der Kommission für Konjunkturbeobachtung (vgl. Beilage zur «Volkswirtschaft» vom August) geprüft. — Nachdem die «Schweizer Monatshefte» im Juli einen erschöpfenden Aufsatz von Präsident Rudolf Speich über *Wandlungen und Perspektiven des internationalen Zahlungs- und Kapitalverkehrs* gebracht haben, können wir uns auf diesem Gebiete heute mit wenigen Zitaten aus Presseveröffentlichungen begnügen. Hinzuweisen wäre nur auf einen Beitrag des Präsidenten der Weltbank, Eugène R. Black: «Internationale Anleihen als Ansporn für die wirtschaftliche Entwicklung» in den «Vierteljahresberichten» der Skandinaviska Banken, Nr. 2, und auf Nr. 184 der «NZZ» vom 7. 7.; hier wird eine Betrachtung des Direktors der Schweizerischen Nationalbank, Dr. Walter Kull, über die bisherigen Erfahrungen mit der Konvertibilität der Währungen in der Juniausgabe der «Schweizer Monatshefte» ausführlich gewürdigt. «Die Gesundung des zwischenstaatlichen Zahlungsverkehrs» entnimmt die «NZZ» am 16. 8. in Nr. 224 dem zehnten Jahresrapport des Internationalen Währungsfonds. — «Um die Industrialisierung der Entwicklungsländer» betitelt der westdeutsche Wirtschaftler Dr. Hans Reuter einen aktuellen Artikel in den Frankfurter «Monatsblättern für freiheitliche Wirtschaftspolitik» vom August. Über Privatkapitalanlagen in solchen Gebieten verbreitet sich der Leitaufsatz in «Finanz und Wirtschaft» vom 12. 6. In der «Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen» stellt am 15. 8. Dr. Paul Krebs die Frage, ob Raum für gemeinsames Wirken von West und Ost in der Entwicklungshilfe vorhanden ist. — *Von sonstigen Stoffgebieten ökonomischer Prägung* ist schließlich auf einen Vortrag des deutschen Bundeswirtschaftsministers Erhard am 20. 6. im Schweizerischen Institut für Auslandsforschung über das Thema: «Wirtschaftspolitik als Mittel der Völkerverbindung» aufmerksam zu machen (vgl. «NZZ» Nr. 168 vom 21. 6.). In den soeben erwähnten «Monatsblättern usw.» vom August wird ein Artikel: «Vierte Gewalt» insbesondere bei wirtschaftlichen Organisationen Interesse wecken; er verurteilt die ungerechten Angriffe auf die Unternehmerverbände. Professor Emil Küng (St. Gallen) bespricht in der «Schweizerischen Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik» vom Juni ein in Paris

erschienenes Buch des früheren Leiters der Europäischen Wirtschaftskommission Gunnar Myrdal: «Une Economie Internationale.» Ein brennendes Problem unserer Tage: der Schutz vor Dumping in Theorie und Praxis wird vom Hamburger «Wirtschaftsdienst» im Juni aufgegriffen.

Schweizer Wirtschaftsprobleme

Lesenswert ist in der «SHZ» vom 18. 6. ein Artikel: Die *Konjunktur im Lichte des Außenhandels* und in der «La Suisse Horlogère» vom gleichen Tage die Darstellung der Konjunkturpolitik in der Schweiz. Die «NZZ», Nr. 168 vom 21. 6., gedenkt der Ausführungen des Präsidenten im Direktorium der Nationalbank, Dr. Schwegler, vom 19. 6. über die Wirtschafts- und Währungslage der Schweiz und mit Nr. 203 vom 26. 7. der Beziehungen zwischen Konjunktur und Geldwert. Den Schutz der Eisenindustrie im neuen *Zolltarif* charakterisiert die «SHZ» am 4. 6. als bescheiden. Die Hauptprinzipien dieses Zolltarifs entwickelt die «Werkzeitung der schweizerischen Industrie» an leitender Stelle im Juli. Perspektiven des schweizerischen *Außenhandels* entwirft die «SHZ» am 16. 7. Am gleichen Tage fanden wir in der «NZZ» Auszüge aus dem 59. Bericht des Bundesrates über die im Verhältnis zum Ausland erlassenen wirtschaftlichen Maßnahmen. — In bezug auf *Lohn und Arbeitszeit* ist aus den deutschen «Gewerkschaftlichen Monatsheften», Nr. 2, ein Aufsatz von Oskar Wettig nachzutragen, der «das System der Erfolgsbeteiligung in der Schweiz» erläutert. Die Ablehnung der von der Arbeitgeberschaft ausgegangenen Verständigungsofferte hinsichtlich einer Regelung der Arbeitszeit durch den Gewerkschaftskongreß wird von der «Schweizerischen Arbeitgeber-Zeitung» am 24. 7. motiviert als «kurzsichtig» bezeichnet. — «Finanz und Wirtschaft» gibt am 26. 6. der Befürchtung Ausdruck, daß eine Erhöhung der *Bundessteuern* im Bereiche der Möglichkeit läge. Anhand eines übersichtlichen Diagramms erläutert der «Monat» des Schweizerischen Bankvereins im August die durchschnittliche Bruttorendite von 12 Anleihen des Bundes und der Bundesbahn. Das Eidgenössische Statistische Amt berichtet in der «Volkswirtschaft» vom Juni über «Dividenden und Rendite der schweizerischen Aktiengesellschaften im Jahre 1957». Die Schweizerische Bankgesellschaft widmet im Juli dem schweizerischen Volkseinkommen, seinem Wachstum und Aufbau eine Broschüre. — Was das *Kartellwesen* angeht, ist ein Gedankenaustausch zwischen den Professoren Dr. W. Krelle (Bonn) und Dr. J. Niehans (Zürich) im Anschluß an einen hier früher zitierten Aufsatz des letzteren über «Kartelle und Preisflexibilität» in der «Schweizerischen Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik» vom Juni zu Überlegungen anregend. — Aus *weiteren Sachgebieten* sind schließlich herauszugreifen: Die wirtschaftliche «Überfremdung via Börse» im «Wochenbericht» Nr. 23 von Bär. Das 75jährige Bestehen der Ciba veranlaßt die «SHZ» vom 25. 6. zu einem Artikel über «Entwicklung und Bedeutung eines Chemiekonzerns» und den in Frankfurt a. M. erscheinenden renommierten «Volkswirt» am 4. 7. dazu, ein ökonomisches Bild dieser Gesellschaft zu entwerfen. Die «Schweizerische Arbeitgeber-Zeitung» stellt am 12. 6. ihre reichhaltige Nummer 24 unter das Motto: «Anpassung der Arbeit an den Menschen.» In Nr. 7 der Zeitschrift «Deutschland-Schweiz» schildert Dr. B. Huber (Zürich) «Strukturwandlungen in der schweizerischen Energiewirtschaft». Aus Nr. 3 der «Revue économique franco-suisse» ragt eine Ansprache des Botschafters der Eidgenossenschaft in Frankreich, Pierre Micheli, anläßlich der Generalversammlung der schweizerischen Handelskammer in Paris hervor. «Die Ertragsbilanz der Schweiz im Jahre 1958» wurde als Mitteilung Nr. 138 der Kommission für Konjunkturbeobachtung in das 7. Heft der «Volkswirtschaft» aufgenommen. «Grundsätzliche Fragen der schweizerischen Agrarpolitik» erörtert der Bauernverband im Augustheft der «Agrarpolitischen Revue».

Informationen aus Ländern eines regeren Warenaustausches mit der Schweiz

1. *Aus Europa:* Die schweizerisch-*deutsche* Doppelbesteuerung in der Gestalt der am 20. 4. rechtskräftig gewordenen Vereinbarung zwischen den beiden Regierungen wird in der «Steuer-Revue» und in der Zeitschrift «Deutschland-Schweiz», beide vom Juni, sowie im Juli-«Bulletin» der Schweizerischen Kreditanstalt unter die publizistische Lupe genommen. In der «Information» der Internationalen Treuhand AG. (Basel) vom Juli kann ein Beitrag: «Konvertibilität und Devisenbewirtschaftung in Deutschland» Aufmerksamkeit seines Lesers wecken. Die «NZZ», Nr. 194 vom 17. 7., lenkt den Blick auf den «deutschen Handel mit der arabischen Welt». Die «Financial Times» (London) bringen eine Darstellung des Wirtschaftsministers Erhard von der aktuellen Ausdehnung der deutschen Produktion zum Abdruck. — Über «*Frankreich* und die europäische Entwicklung» läßt sich die Wiener «Industrie» am 12. 6. und über «Die französische Angst vor dem Kapitalismus» am 31. 7. durch ihren Pariser Korrespondenten informieren. Die «NZZ», Nr. 215 vom 7. 8., bespricht den eben erschienenen Jahresbericht der Bank von Frankreich für 1958; in Nr. 218 vom 20. 8. geht sie auf «Zahlungsbilanz und Währungsreserven in Frankreich ein. Die «Wirtschaftsführer-Briefe» vom 24. 8. rühmen die «Evolution der französischen Finanzpolitik» und die unbestreitbaren Fortschritte des Landes seit der Abwertung. — Der *britischen* Wirtschaft wird von der «NZZ» in Nr. 227 vom 19. 8. das Prädikat: «auf dem Wege zur Stabilisierung» erteilt, und am 21. 8. (Nr. 229) gedenkt die «NZZ», am 22. 8. der «Economist» ausführlich der «Empfehlungen des Radcliffe-Komitees zur englischen Währungs- und Kreditpolitik». Dr. Kurt Richebächer kritisiert in der «Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen» am 1. 7. von London aus die «britische Keynesiarische Budgetpolitik».— Die «niederländische Zahlungsbilanz für 1958» wird in der «NZZ», Nr. 192 vom 15. 7., die holländischen Entwicklungslinien im Handwerks- und Kleinhandelsbetrieb» werden im «Internationalen Gewerbearchiv», Heft 2, beleuchtet. — «GATT und Österreich nach der Frühjahrssession 1959» heißt das Thema eines Artikels in der Wiener «Industrie» vom 19. 6. — «Schwedens ungelöstes Stabilisierungsproblem» wird in Nr. 236 der «NZZ» vom 28. 8. behandelt.

2. *Aus der übrigen Welt:* Die Reaktion *Südamerikas* auf die EWG erörtert die «NZZ» am 19. 6. in Nr. 166. Infolge der umfangreichen Kapitalinvestitionen der Schweiz in *Argentinien* bringt die Schweizer Presse diesem Lande nach wie vor großes Interesse entgegen; so fragt «La Suisse Horlogère» am 2. 7.: «Où va l'Argentine?», und sie instruiert ihre Bezieher am 16. 7. über eine dort auftretende wirtschaftliche Wendung zum Besseren. «Finanz und Wirtschaft» schildert am 10. 7. die Arbeitsbedingungen für die «Italo-Argentina im Staate Frondizis» und am 31. 7. die unbestreitbaren politischen und ökonomischen Erfolge dieser südamerikanischen Regierung. — Über «Brasiliens Bruch mit dem internationalen Währungsfonds» durch seinen Verzicht auf Fortsetzung der Anleiheverhandlungen referiert die «NZZ», Nr. 170 vom 23. 6. — «Die wirtschaftlichen Probleme Chiles» erörtert sie am 14. 8. in Nr. 222. — Über «Die Wirtschaftslage Israels» orientiert die gleiche Zeitung am 18. 6. in Nr. 165. — Und «Das Problem der Inflation in Kanada» wird von ihr am 7. 8. (Nr. 215) aufs Korn genommen.

Wirtschaftsprobleme in den Vereinigten Staaten

Die *konjunkturelle Situation* in den USA liefert am 3. 7. in Nr. 180, die Inflationsbekämpfung dort am 15. desselben Monats in Nr. 192 der «NZZ» das Material zu Korrespondentenmeldungen aus New York. — Im Fache des *Außenhandels* liest sich anregend ein Artikel des amerikanischen Magazins «Challenge» (das übrigens neuerdings um

halbmonatlich erscheinende «Newsletters of Analysis in Economic Affairs» erweitert worden ist) im Juni über die Bedeutung des Güterverkehrs nach und aus der Welt im Kalten Kriege. Mit der amerikanischen *Handelspolitik* beschäftigt sich der «Economist» am 20. und 27. 6.; die Abwehr protektionistischer Bestrebungen dort wird als bemerkenswert gelobt. — *Darüber hinaus* werden in der «Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen» am 15. 6. die US-Goldverluste 1958 genauer dargelegt. Harry Schwartz hält im «Challenge» vom Juli den Vergleich zwischen den Wirtschaftssystemen in Amerika und Rußland wegen ihrer Verschiedenartigkeit für irreführend. Andrerseits gibt «die Konkurrenz der beiden Kolosse» dem Bankhaus Bär Veranlassung zu geistreichen Feststellungen in seinem «Wochenbericht» vom 17. 7. «Lehren aus dem Stahlarbeiterstreik» zieht endlich «Finanz und Wirtschaft» am 4. 8., und die Ausgaben der «Schweizerischen Arbeitgeber-Zeitung» vom 7. und 21. 8. veröffentlichen ein interessantes Referat: «Arbeitgeberorganisationen und Gewerkschaften in den USA», das Präsident Dr. Alfons Burckhardt (Basel) am 18. 6. vor der Delegiertenversammlung des Zentralverbandes schweizerischer Arbeitgeber-Organisationen gehalten hat.

Kommunistische Wirtschaft

Eine begrüßenswerte Bereicherung der sonst ziemlich lückenhaften Literatur über die Wirtschaft hinter dem Eisernen Vorhang beschert uns der «Wirtschaftsdienst» des Schweizerischen Ost-Institutes in Bern; er wartet in wöchentlicher Folge mit einer Fülle kürzerer Informationen über die Außen- und Innenwirtschaft im Ostblock auf und enthält auch längere Abhandlungen über Einzelprobleme. So finden sich zum Beispiel in den Wochenausgaben vom 15. und 22. 7. Berichte über neue Tendenzen im bulgarischen Außenhandel und über die Situation in der polnischen Landwirtschaft; die Wochenausgabe vom 12. 8. bringt eine Orientierung über «aktuelle Probleme des ostdeutschen Außenhandels». Das «Bulletin» Nr. 3 aus dem Hause des Schweizerischen Bankvereins zeichnet sich durch eine auf reichhaltiges Material gegründete Arbeit über «die Wirtschaftsoffensive des Sowjetblocks in den unterentwickelten Ländern» aus. In den «Monatsblättern für freiheitliche Wirtschaftspolitik» vom Juli läßt sich Hans-Georg Glaser über den «Großraum um Moskau», das heißt über die ökonomische Zusammenarbeit der Sowjetunion mit allen sozialistischen Ländern, vernehmen. Endlich heißt ein Artikel von Jacques Stohler in der Hamburger «Zeit» vom 7. 8.: «Moskau und der Gemeinsame Markt», und in der Wiener «Industrie» vom 21. 8. wird «Der Außenhandel der UdSSR im Jahre 1958» statistisch erfaßt. In seinem «Wochenbericht» vom 28. 8. vertritt das Bankhaus Bär die Überzeugung, daß für den Kreml der Außenhandel nur ein Mittel zum eigenen Nutzen und zur Schädigung der Partner darstellt.

Sonstiges

Aus dem üblichen Rahmen der Gruppierungen in unseren «Querschnitten» fallen zum Abschluß die folgenden Aufsätze in der Wirtschaftspresse der Berichtszeit heraus: Für Interessenten am kommunalen Leben bringt die «Zeitung für kommunale Wirtschaft» Informationen im Juni über die Wasser-, im Juli die Gas- und im August die Stromversorgung der Gemeinden. In der «Wirtschaft» vom Juni berichtet Dr. A. Meichle (Bern) von der «Atomenergieforschung in Westeuropa». Der «Wochenbericht» des Bankhauses Bär vom 3. 7. spottet ergötzlich über die «Expertokratie». In den «Wirtschaftspolitischen Mitteilungen» Nr. 6 der Zürcher «Wirtschaftsförderung» analysiert Dr. Alfred Raaflaub (Bern), der Generalsekretär des Schweizerischen Straßenverkehrsverbandes, den Problemkomplex «Eisenbahnpolitik und Straßenverkehr».

Hans Posse